

Beizner verurteilt hat.“ Man sollte doch meinen, die Erfahrungen der Beizner-Verurteilung müßten noch frisch genug in der Erinnerung sein, um mit voller Wucht aberschreckend zu wirken und die Bürgerlichen zur Einheit zusammenzuschweißen. Auch die täglich sich häufenden kommunistischen Ausbreitungen sind ein Anhalt, das weitlich leuchtend die bürgerlichen Parteien zur Einheit aufruft. Wenn man sich die Gefahr vor Augen hält, daß der sozialistische Radikalismus in Sachsen wieder die Oberhand gewinnen könnte, dann dürfte es vernünftigerweise für die bürgerliche Wählerkaste ohne Unterschied der Partei nur die eine Parole geben, mit allen Kräften einen solchen Sieg herbeizuführen, daß eine rein bürgerliche Regierung die Fäden zu ergreifen vermag. In Thüringen hatten sich bei der letzten Landtagswahl die Demokraten dem bürgerlichen Ordnungsbund angeschlossen. Mit Bezug auf die sächsischen Demokraten gab noch vor kurzem das Dresdner radikale Sozialistenorgan der „Befreiung“ Ausdruck, daß die nach rechts drängenden Strömungen in der Partei, die großes Gewicht hätten, den Anschluss an die Einheitsliste durchsetzen könnten. Nun kann sich ja das radikale Blatt beruhigen. Die Demokraten sind die ersten gewesen, die der Einheitsliste ihr negatives Schicksal bereiten halfen.

Die Demokraten hätten sich sagen müssen, daß auch durch die Aussicht auf etwaige spätere Koalitionsmöglichkeiten die Notwendigkeit einer bürgerlichen Einheitsfront keineswegs ausschaltet wird. Denn es in erster Linie darauf ankommt, in jedem Falle Sicherheit dafür zu schaffen, daß das bürgerliche Übergewicht gewährleistet wird. Daß dies bei der gegenwärtigen Koalition mit ihren vier sozialistischen Ministern gegen drei bürgerliche nicht der Fall ist, bedeutet einen schweren Mangel. Köme es also wirklich wieder zu einer Erneuerung der Koalition, so könnte nur dann auf eine zielführende und erfolgreiche Vertretung der bürgerlichen Interessen in ihr gerechnet werden, wenn das Bürgertum aus dem Wahlkampf mit unabweisbarer Heftigkeit hervortritt, so daß angesichts der bürgerlichen Stärke jeder Versuch, das sozialistische Element in den Vordergrund zu schieben, aussichtslos wäre. Ueberhaupt darf die Gefahr, die dem bürgerlichen Staatsgedanken auch von den Altsozialisten droht, nicht unterschätzt werden. Es ist bemerkenswert, daß dieser Gesichtspunkt gerade von völksparteilicher Seite, also von einem Koalitionsgegner, betont wird. Der völksparteiliche Führer Dr. Böhm-Dresden weist darauf hin, daß der Sozialismus in Preußen und in Sachsen mit Ideen aufsteigt, die ihn auch für solche Kreise schmackhaft machen könnten, um die der Sozialismus bisher vergeblich gewonnen habe. Die Altsozialisten, warnt Dr. Böhm, würden selbst bei geringer zahlenmäßiger Stärke die mächtigste Partei im nächsten Landtag bilden, weil sie mit den Stimmen der Antisozialisten und Kommunisten alles verhindern könnten, was ihnen nicht in den Parteifreien paßt: Da infolge der wachsenden Schwächung der Mittelparteien, namentlich der Demokraten, und des erstmaligen Auftretens kleiner neuer Parteien das Wägen einer festen Regierungsmehrheit schwierig auf äußerste erschwert sein wird, so muß sich auch dies zu einer nicht unbedenklichen Stärkung der politischen Stellung der Antisozialisten auswirken.“

Es ist ein dürftiger und magerer Trost, daß auf der Gegenseite die Unzulänglichkeit noch viel ärger ist. Am sozialistischen Lager heben sich die Antisozialisten und die Radikalen in heftiger Kampfbereitschaft gegenüber. Wenn die abspirenden Reueherungen der Antisozialistischen Presse Anspruch auf Glaubwürdigkeit hätten, würde es sich bei der Antisozialistischen Bewegung nur um unbedeutende Gruppen handeln, die keine ernsthaft in Betracht kommenden Kreise als Wählerkaste hinter sich hätten. Die radikalen Organe sind voll von Tiraden

über das angebliche „Habsch der W.“. Um dieses „Habsch“ besonders eindringlich zu machen, war zu der jüngsten Antisozialistischen Generalversammlung in Leipzig der Gemalte Liebmann als rednerischer Clou verschrieben worden. Der Verlauf der Veranstaltung entsprach aber gar nicht den gehegten Erwartungen. Die Stimmung war flau und gedrückt, und selbst Herr Liebmann vermochte seinen Schwung in die Weisheit zu bringen. Tatsächlich darf denn auch wohl angenommen werden, daß die Antisozialisten mit ihrer geräuschvollen Arbeit weit mehr Anhänger im Lande werden, als nach außen in Erscheinung tritt. Wenn es wirklich so schlecht mit ihrer Sache stünde, wie die Radikalen behaupten, würden diese wohl kaum so viel Sungenkraft und Druckerheizer zur Unschäblichmachung der Gegenpartei verwenden. Wer die radikale Presse genauer verfolgt, kann in Zweifel geraten, ob dort die Antisozialisten oder die Bürgerlichen die bestgeachteten Gegner sind. Besonders fällt den Antisozialisten auf die Notwendigkeit, daß die Gewerkschaftsführer fast ausnahmslos sich hinter die Antisozialisten gestellt haben. Man kommt daher auf die Vermutung, daß das überhäufte Geldvermögen des Radikalismus den Zweck habe, die eigenen Reihen über gewisse im verhandelnden Gulde erbeutete Veränderungen wegen des Erfolges seiner Agitation hinwegzutäuschen. Entsprechend dem Geiste, der im Antisozialismus Lager herrscht, steht auch die Kandidatenliste aus. Sie ist gespickt mit Namen, deren Träger an radikaler Gesinnungsrichtung so wenig zu wünschen übrig lassen, daß man den Unterschied von den Kommunisten mit der Lupe suchen muß.

Diese Verhältnisse auf sozialistischer Seite hätten für die bürgerlichen Parteien ein mächtiger Ansporn sein müssen, um ihrerseits allen Hader zu begraben und gegenüber dem geschlossenen sozialistischen Gegner mit der Heftigkeit einer geschlossenen Einheitsfront in den Wahlkampf einzutreten. Wie man auch die Dinge betrachten mag, ob man mit dem Schwerehandeln jede Zusammenarbeit mit der Sozialdemokratie vom antimarkistischen Standpunkte aus rundweg ablehnt, auch wenn es sich um Antisozialisten handelt, oder ob man die Koalitionsfrage faktisch von Fall zu Fall je nach den Umständen erledigt wissen will, immer bleibt oder bleibt die Forderung, daß das Bürgertum als geschlossene Balance einseitig auf den Plan treten muß, um seine Vormachtstellung zur Geltung bringen zu können. Diese elementare bürgerliche Existenzbedingung durch parteipolitische Eigenbrötel und Mangel an großartiger Entschlossenheit gegenüber dem Nutzen des überparteilichen Gedankens zu gefährden, ist ein Verbrechen, das keine Urheber mit einer vor ihrem Gewissen und vor dem sächsischen Lande und Volke untragbaren Verantwortung behaftet. Zum Glück bleibt noch ein harter Dornenbusch übrig: das in der Kundgebung des Landesbürgerrates betonte weitere Zusammenwirken der Deutschen Nationalen und der Deutschen Volkspartei, sowie der Wirtschaftspartei. Auch das die genannten drei Parteien sich gemeinsam über die spätere Regierungsbildung beraten wollen, ist beruhigend und vertrauensfördernd. Der Jungdeutsche Orden wird ebenfalls zu beweisen haben, daß es ihm mit seiner Versicherung, an der Verhinderung der Wiederkehr des Radikalismus mitzuhelfen, heiliger Ernst ist. Der Deutsche Arbeiterbund hat sich in einer energiegelassen Erklärung in demselben Sinne ausgesprochen. Eine vereinte kraftvolle Wahlaktion aller auf der gleichen Linie kämpfender bürgerlichen Parteien und Organisationen wird imstande sein, schwebende Elemente mitzureißen und so wenigstens zum Teil wieder auf zu machen, was parteipolitische Eifersüchtelei und Richtungsprobleme gesäubert haben. Nun heißt es um so mehr: „Biel erkannt, Kraft gefasst!“

### Dr. Wirths Wege zur „Republikanischen Union“.

(Durch den Vortrag.)  
Berlin, 23. Sept. Reichsanwalt a. D. Dr. Wirth antwortet dem Professor Eulo Brentano auf dessen Bitte um eine klare und eindeutige Auskunft über die Treue der deutschen Zentrumspartei zur Republik im „Berliner Tageblatt“ unter Hinweis auf die Mitarbeit des Zentrums beim Zustandekommen der Weimarer Verfassung unter anderem:

In der Weimarer Verfassung liegt auch ein gut Stück Zentrumsschicksal. In diesem lebendigen Verwachsensein, in diesem Verbundenheit durch Verantwortung findet sich die tiefste, ungenügende wurzelseite Gewähr für die Treue des Zentrums zur Republik. Daß es im Zentrum Kreise gibt, die aus persönlichem Interesse oder gesellschaftlichen Bindungen die staatsdienende Tätigkeit nicht angemessen zu würdigen wissen, leugne ich nicht. Sie werden sich aber wohl eher auf die neue Aufgabe einstellen, als die Verfechter eines romantisch-tyrannischen Monarchismus.

Auf die weitere Frage Eulo Brentanos hinsichtlich der Möglichkeit einer Verständigung mit den Sozialdemokraten und Demokraten auf sozialpolitischem und kulturellem Gebiet antwortet Dr. Wirth, indem er die realpolitische Haltung der Zentrumsführung betont, deren christlicher Idealismus, wenn sie eine Politik machen würde, nie ein Hindernis gewesen sei. Dr. Wirth fügt hinzu: Nach die sächsischen Antisozialisten und viele Jungsozialisten leben den Unterschied zwischen Partei und Bewegung. Auf sie lege ich die Hoffnung, zur Verständigung zu kommen. Auf sozialpolitischem Gebiet wird sich die Möglichkeit praktischer Zusammenarbeit ziemlich leicht. Die moderne Technik wird häufig von einem unsozialen Kapitalismus beherrscht. Der moderne Arbeitsschmerz läßt sich noch als Sklave der Wirtschaft. In der Bekämpfung des Menschen aus dieser Würde ist die Aufgabe der Politik sowohl wie der Sozialistik die Aufgabe der Deutschen Republik. Es ist selber in revolutionären Kreisen vielfach die Forderung vertreten, daß die Kirche mit der bestehenden Gesellschaftsform auf Gebets- und Bereds verbunden sei. Diese Ansicht ist falsch, und wenn das sozialistische Volk die funktionelle Volksschule verlangt, so tut es dies nicht, um ein Machtmittel gegen die radikal-sozialistische Reform in der Hand zu haben. Rein vernünftiger Rat sollte nicht verlangen, daß auch die Sozialistenkinder in der Konfessionsschule ertragen werden müßten.

Zum Schluß erklärte Dr. Wirth, daß in der demnächst erscheinenden Hochschiff die hier vorliegenden Fragen ausführliche Beantwortung finden werden.

### Das badische Zentrum gegen den Reichszentralismus.

Freiburg, 23. September. Der Hauptausschuß der badischen Zentrumspartei, der in Freiburg tagt, hat eine Entschließung gefaßt, die das Verhältnis Baden zum Reich behandelt und erklärt: Das badische Zentrum hand in allen Lagen treu zum Reich. Dabei soll es auch lernerlich bleiben. Aber dann muß es auch ebenso scharf ausgesprochen werden: Wir leisten den Bestrebungen, unter badisches Staatswesen auf den Boden einer großdeutschen Provinz herabzudrücken, mit allen Mitteln Widerstand, auch wenn es auf dem Wege einer einseitigen Finanzpolitik versucht werden wird. Unsere Erfahrungen seit 1870 sowie das Ideal von Großdeutschland zwingen uns zu diesem Standpunkt.

### Erregung der Hochwasserschädigten.

Eine Entschließung der Brandenburgischen Landwirte. Berlin, 23. September. In einer hart besuchten Vorstandssitzung des Brandenburgischen Landwirtsbundes wurde die Frage der Zuwendungen von Reich und Staat für die durch Hochwasser Geschädigten sehr lebhaft erörtert. Es ergab sich eine harte Unzufriedenheit mit der Haltung der preussischen Staatsregierung, eine Stimmung, die auch in der angenommenen Entschließung ihren Ausdruck fand. Darin heißt es u. a.: Die bisher von Reich und Staat gewährten Zuwendungen für die Hochwasserschädigten haben nicht ausgereicht, um die allerdringende Not zu lindern. Seit Wochen warren die durch Ueberschwemmung und abnorme Witterung geschädigten Gebiete darauf, daß die Notstandsaktion durch Vereinfachung wirklich wirksamer Mittel fortgesetzt wird. Empörung herrscht in den Reihen der märkischen Landwirtschaft über die offensichtliche Interessenlosigkeit der Staatsregierung. Die Not der Geschädigten wächst sich in manchen Gegenden bereits zur Katastrophe aus. Man dürfte erwarten, daß der Notlage entsprechende schnelle und tarifrätige Mittel zur Verfügung gestellt würden, schon ehe die endgültige Schadenersatzung und Regulierung erfolgt ist. In dieser Hinsicht steht sich die Brandenburgische Landwirtschaft auf schärfste entgegen.

### Gegen die hohen Steuerlasten.

Berlin, 23. September. Heute nachmittag fand in Vörsch eine große Protestversammlung der Bauern, Gewerbetreibenden, der Haus- und Grundbesitzer und des Kleinhandels aus den umliegenden Bezirken statt. In einem großen Umzuge durch die Stadt vorbei an dem Finanzamt, wurde dem Prolet gegen die untragbaren Steuerlasten Ausdruck gegeben. Es wurde die Parole ausgegeben: Tod von den politischen Parteien, die in ihrer Tätigkeit immer mehr verlagern, und Zusammenschluß des gesamten Mittelstandes Badens zu einer einheitlichen großen Organisation!

### Zurücknahme von Ausweisungsbefehlen.

Koblenz, 23. September. Der Reichskommissar für die besetzten rheinischen Gebiete teilt mit: In Durchführung der Koblenzer Bestrebungsvereinbarung vom 10. d. M. hat die Interalliierte Rheinlandskommission 29 Ausweisungsbefehle zurückgenommen. Es handelt sich dabei u. a. um den früheren badischen Regierungspräsidenten Dr. Womms, Direktor Dr. von Voppard, Oberregierungsrat Dr. Bralle aus Birkenfeld, Kriminalpolizeikommissar Lubendorf aus Aachen, Direktor Fritza aus Aachen, Oberbürgermeister Nabis aus Landau, Kaffeeer Siffert aus Aachen, die Kerate Dr. Nied und Dr. Rifson aus Mayen, den Amtsratrichter Krich und den Amtmann Werber aus Aachen. In weiteren 28 Fällen hat die Rheinlandskommission ferner Beamten, deren Ausweisung bereits früher aufgehoben worden war, namentlich die Erlaubnis zur Wiederaufnahme der Amtstätigkeit erteilt. Diese Entlassung bezieht sich u. a. auf Polizeikommissar Schumard in Koblenz, Polizeikommissar Janke aus Bendorf bei Remich, Studienrat Hatter aus Mayen, Kreisdirektor Dr. Wagner aus Oppenheim, Regierungsdirektor Dr. Maner aus Mayen.

### London, 23. September. „Manchester Guardian“ schreibt:

Der Wert des neuen Koblenzer Abkommens darf nicht überschätzt werden. Es ist jedoch nützlich, als Erinnerung an alle in Betracht kommenden Rationen, daß noch immer der größte Teil des Rheinlandes von fremden Besatzern besetzt und von einer großen Zahl fremder Zivilbeamten bewacht wird — was auf Friedenstafeln Großbritanniens und die anderen an der Besetzung interessierten Mächte härten wohl genal sein, unter Berücksichtigung des eigenen Interesses zu prüfen und zu fragen, was denn die Vorteile sind, die aus der Aufrechterhaltung des annehmlichen Systems gezogen werden und ob sie den beträchtlichen Kosten, die aus der Besetzung erwachsen, entsprechen. (M.B.)

## Transferfreiheit für die Obligationenzinsen.

### Die Pläne zur Mobilisierung der Dawes-Obligationen.

Einzelheiten der „Germania“.  
Berlin, 23. Sept. Die Frage der Kommerzialisierung der Eisenbahn-Obligationen, die das Rückstück der ganzen Abmachungen zwischen Stresemann und Briand bilden, beschäftigt auch die Berliner Presse weiterhin auf das lebhafteste. So erklärt heute die bekanntlich dem Reichsanwalt Marx nachstehende „Germania“, daß die große Konzession, die Deutschland bei der geplanten Transaktion zu machen hätte, darin bestehen würde, daß die Verzinsung der an das Publikum abgegebenen Werte von der im Dawes-Plan verankerten Sicherung des sogenannten Transfers herausgenommen würde. Bis jetzt bestehen für sämtliche deutschen Reparationsabnahmen gewissermaßen zwei Gruppen:

1. die Ausbringung des Betrages in Reichsmark;  
2. Umwandlung in fremde Währung und Uebersetzung an den ausländischen Gläubiger.

Der zweite Teil der Operation steht bekanntlich unter der Kontrolle des Reparations-Generalsekretärs Pariser Gilbert, dessen Aufgabe es ist, unter allen Umständen die deutsche Währung zu schützen und nur so viel Berräge ins Ausland abzuführen, daß der deutsche Wechselkurs nicht gefährdet werde. Inwieweit die deutsche Schuld kommerzialisieren würde, müßten die deutschen Finanzbehörden von dieser Transferfreiheit ausgenommen werden, denn das Publikum würde kein Papier kaufen, dessen Verzinsung von irgendwelchen Bedingungen abhängig und nicht absolut außer Frage gestellt wäre. Es handelte sich dabei also um die Sicherheit der kaum mobilisierten Mark, und man ersehe, wie bedeutsam die von Deutschland erwartete Konzession sei. Wenn aber die politischen Gegenleistungen Frankreichs hinreichend stark seien, so dürfte man von ihnen auch einen günstigen Einfluß auf die deutsche Wirtschaft und die deutsche Handels- und Zahlungsbilanz erhoffen, und deshalb würde es nicht schlechthin ausgeschlossen sein, daß Deutschland in genau schwebenden Grenzen auf die Transferfreiheit verzichte. Ebenso dürfte man annehmen, daß der amerikanische Generalsekretär seine Zustimmung zu einer Transaktion dieser Art geben werde.

Das Blatt weist noch darauf hin, daß vielleicht die Hoffnung nicht unbegründet sei, daß die entgegenstehenden Hindernisse: Unzulänglichkeit des Kapitalmarktes, an sich zu hoher Betrag der Obligationen und Unzulänglichkeiten von Teilnehmern die doch mehr elastischer Natur seien — zu überwinden wären, wenn es nur gelänge, zwischen den beiden Hauptbeteiligten Deutschland und Frankreich eine Einigung herzustellen. Was den Schuldverschleher des niedrigen Emissionskurses anangeht, so ließe sich vielleicht der Ausweg berechnen, daß man

eine neue Finanzgesellschaft (Goldring-Gesellschaft) gründete, auf die man den Besitz der Eisenbahnobligationen übertrage, und daß die Anteile dieser neuen Gesellschaft in einer entsprechend geringeren Gesamthöhe, aber mit höherer Verzinsung und höherem Emissionskurs auf den Kapitalmarkt emittiert würden.

In diesem Zusammenhang ist noch ein Bericht interessant den der Treuhänder der Eisenbahnobligationen, der Belgier Delacroix, im Juli d. J. erstattete, und in dem er zu dem Schluß kam, daß eine Verwertung im Augenblick noch nicht möglich wäre. Seine Argumente sind im Lichte der heutigen politischen Lage besonders interessant. Er betonte, daß man die Obligationen nach Möglichkeit unter die Fäden verteilen müßte, für die unmittelbar der Vertrag letzten Endes bestimmt sei. Die Börsen Hollands, der Schweiz, Schwedens, Spaniens, Kanadas und auch Deutschlands sollten den Staaten zu Hilfe kommen, deren Aufnahmebereitschaft etwa nicht ausreichen sollte. Delacroix betonte, daß die Ansicht der beteiligten Kreise im Juni noch durchweg dahin ging, daß es unvorsichtig

und daher für das ganze Vorhaben schädlich wäre, zu einer Ausgabe zu schreiten. Er fügte allerdings hinzu, daß die Lage sich schneller ändern könnte, als man erwarte.

Als bestimmte Faktoren nannte Delacroix die Lage des Geldmarktes und den Kredit der Deutschen Reichsbahngesellschaft. Er sprach die Ueberzeugung aus, daß der unsichliche und fortwährende Ausbau der Reichsbahngesellschaft zur Folge haben werde, daß ihre Obligationen mehr und mehr als eine Kapitalanlage ersten Ranges gefaßt werden würden. Als wesentliche Voraussetzung für die Ausgabe bezeichnete er das Wiedererleben des Glaubens an den wirtschaftlichen Aufbau Europas bei den Sparer. Delacroix war der Ansicht, daß man die erste Serie der Eisenbahnobligationen nicht zu gering bemessen dürfe und sprach von mindestens ein bis zwei Milliarden Goldmark.

Man dürfte wohl eine Milliarde als untere Grenze betrachten können, eine Summe also, deren Zinsendienst 80 Millionen betragen würde. Zusammen mit der Verzinsung der Dawes-Anleihe und der freien deutschen Anleihen würde dann jährlich mindestens rund 1/2 Milliarde Mark dem Transferfonds entgegen sein. Wie weit die Summe der auf den Markt zu bringenden Obligationen über 1 Milliarde hinausgehen kann, hängt, abgesehen von der Transferierbarkeit der Zinsen, von der Ausnahmefähigkeit des Marktes ab. Hier werden die amerikanischen und englischen Bankiers, die sich nach den bisherigen Preisverläufen ablehnend zu verhalten scheinen, ein gewichtiges Wort mitzureden haben.

Nach den bisherigen Zeitungsnachrichten, die aus London und New York eintröfen, kann man annehmen, daß die Summe, für welche diese Kreise die Unterbringung für möglich halten, auf vielleicht 1200 Millionen Mark zu schätzen ist.

Die Voraussetzung wäre freilich die Marktzierung des amerikanischen-französischen Schuldabkommens. Zu welchem Ausmaß eine solche Anleihe ausgeben werden könnte, ist heute noch gar nicht zu berechnen, aber, wenn sie einmal, sehr optimistisch gerechnet, zu einem Kurs von 90 Prozent ausgeben würde, würde der Betrag für Frankreich, je nach der Höhe der Ausgabe, rund 480 000 Millionen Mark sein, was immerhin eine Summe darstellte, die für die Stärkung des Franken sehr in Betracht käme. Vor allem wird die deutsche Regierung sich in den weiteren Verhandlungen dagegen zu wehren haben, daß etwa mit Rücksicht auf die Wertung der Eisenbahnobligationen eine höhere Verzinsung angefordert wird, die zu einer Erhöhung der deutschen Reparationsleistungen führen würde. Bei der außerordentlichen Schwierigkeit dieses ganzen finanziellen Problems dürften die Verhandlungen, auch wenn sie bald von französischer Seite offiziell mit der deutschen Regierung nach weiteren Beschlüssen des Pariser Winkertates aufgenommen werden sollten, noch lange Zeit andauern.

### Abichluß der Ausschubarbeiten in Genf.

Genf, 23. September. Der erste Versammlungsausschuß (Rechtsausschuß) und der 5. Versammlungsausschuß (soziale und humanitäre Frage) haben heute ihre Arbeiten abgeschlossen. Der Rechtsausschuß beschloß in Bezug auf den norwegischen Antrag auf Einführung eines Proportionalstimmens für die Wahl der nichtständigen Mitglieder des Rates, durch den Generalsekretär der Völkerverversammlung des nächsten Jahres einen Bericht vorlegen zu lassen. Im 5. Ausschuss hand in den letzten Sitzungen das Referat des Berichterstatters Dr. Freitscheld über die Lage der russischen und der armenischen Flüchtlinge in den verschiedenen Ländern und die Fortführung der von Dr. Kanten unternommenen Schritte zur Anhebung armenischer Flüchtlinge in Armenien zur Debatte. Dr. Freitscheld wurde zum Berichterstatter über diese Frage in der Vollversammlung ernannt. (M.B.)